

EINZELHANDEL I

Streiks im Weihnachtsgeschäft

Verkäuferinnen und Lagerarbeiter kämpfen für mehr Lohn und den Erhalt ihrer Zuschläge

„Arm trotz Arbeit“ – einer der Streikenden trug das Motto auf seinem weißen ver.di-Überzieher. Viele der Umstehenden, die sich im Berliner ver.di-Haus trafen, um zur Kundgebung zu gehen, stimmten zu: Genauso ist es! Im Laufe der nun schon Monate andauernden Tarifausschließung streikten Mitte November in der aktuellen Streikwelle bundesweit ca. 8000 Beschäftigte aus dem Einzelhandel. Bis Mitte November war es zu mehr als 1000 verschiedenen Aktionen gekommen.

4000 Streikende, von denen viele aus anderen Bundesländern angereist waren, trafen sich am 13. November 2007 zu einer großen Kundgebung in der Berliner Philharmonie. Um noch einmal ihre Forderungen und ihre Entschlossenheit deutlich zu machen, zogen sie von dort aus zu einer Veranstaltung der Arbeitgeber vom Hauptverband des Deutschen Einzelhandels, an der auch Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnahm.

In den 16 autonomen Tarifgebieten der 16 Bundesländer fordert ver.di für die 2,4 Millionen Einzelhandelsbeschäftigten zwischen 4,5 und 6,5 Prozent mehr Lohn, außerdem sollen die Zuschläge für Spät- und Wochenendarbeit erhalten bzw. ausgebaut werden. In den meisten Ländern will ver.di auch einen Mindestlohn von 1500 Euro durchsetzen. Die Arbeitgeber haben im Gegenzug in der vorerst letzten Tarif-



verhandlung Ende August in Nordrhein-Westfalen 1,7 Prozent mehr Lohn angeboten und wollen die Spät- und Wochenendzuschläge streichen.

Blockadehaltung der Arbeitgeberverbände

Wenn sich die Arbeitgeber des Einzelhandels damit durchsetzen, würde das für eine Verkäuferin in NRW, die eine Vollzeitstelle hat, 170 Euro im Monat weniger bedeuten. Die Arbeitgeber hatten ihr Angebot Ende August vorab großartig angekündigt und erklärt, das könne ver.di nicht ablehnen. Seitdem ist das Signal der Gewerkschaft jedoch: Hände weg von den Zuschlägen! Erwartet wird ein neues, verhandlungsfähiges Angebot.

Angesichts eines durchschnittlichen Bruttoeinkommens von 2000 Euro erwarte sie spürbare Gehaltserhöhungen, erklärte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Margret Mönig-Raane. „Keine Verkäuferin kann es sich leisten, auch noch die verlängerten Ladenöffnungszeiten aus ihrem Portemonnaie zu bezahlen.“

Für die nächsten Wochen rechnet ver.di – wie viele Beschäftigte – mit einer Ausweitung der Streiks und Proteste. Gerade zu Beginn des Weihnachtsgeschäfts eskaliert die Tarifausschließung. „Da merken die Arbeitgeber es deutlicher“, so der Kommentar einer Berliner Verkäuferin. In vielen Märkten, Warenhäusern und Läden versuchen die Unternehmen bisher, den Ausstand zu unterlaufen, indem sie Zeitarbeitskräfte einsetzen. Viele Kunden spüren die Streiks trotzdem, denn die Schlangen an den Kassen werden länger, Qualität und Beratung leiden. Die Verkäuferinnen haben jedoch die Erfahrung gemacht, dass gerade Stammkundinnen und -kunden Verständnis für die Streiks haben.

CLAUDIA VON ZGLINICKI

ALG I

Scheine schaffen keine Jobs

Bezugsdauer: Regierung bleibt hinter den Forderungen des DGB zurück.

SEITE 2

FINANZPOLITIK

Staatseinnahmen sprudeln kräftig

42 Mrd. Euro mehr in nur zwei Jahren.

SEITE 3

BRIEFDIENSTE

Kanzlerin verordnet Hungerlöhne

Regierungskoalition besiegelt Punktsieg der privaten Zustelldienste.

SEITE 4

EINZELHANDEL

Lidl-Kampagne auf Erfolgskurs

In Hamburg und Stuttgart wurden neue Betriebsräte gewählt.

SEITE 5

SOZIALRECHT

Ungeachtet des Niveaus

Dieter Bohlen ist laut Gericht auch als Juror ein Künstler.

SEITE 6

THE MIAMI FIVE

Internationales Recht verletzt

ver.di macht auf Skandalurteile aufmerksam.

SEITE 7

ZWISCHENRUF

Wenn „die da oben“ von dem „einen Boot“ sprechen, in dem angeblich „wir alle“ sitzen, ist höchste Vorsicht geboten. Zum Beispiel, wenn die sächsische Wirtschaftsförderung unter www.invest-in-saxony.de damit prahlt, was „uns Sachsen“ auszeichnet: „unsere Pffiffigkeit und Flexibilität“. Und „wir Sachsen arbeiten auch engagierter als unsere deutschen Nachbarn – 62 Stunden mehr pro Jahr zum Beispiel. Erfolgsorientiert und pragmatisch sind wir auch bei der Einigung auf flexible, unternehmensbezogene Tarif- und Arbeitszeitmodelle“ – bei angeblich minimaler Tarifbindung und niedrigem gewerkschaftlichem Organisationsgrad. Dass die abhängig Beschäftigten in Sachsen solcherlei Wir-Gefühl teilen, sei heftig bezweifelt. Der peinlich-anbiedernde Text stammt garantiert von einem Werbefachmann aus dem Westen.

HENRIK MÜLLER

Abgezockt...

„Die auf ihr Auto angewiesenen Berufspendler werden erst an der Tankstelle abgezockt und dann von der Steuerpolitik auch noch an der Nase herumgeführt.“

Der Sprecher des Auto Clubs Europa (ACE), Rainer Hillgärtner, zu Benzinpreisen und Pendlerpauschale

ARBEITSLOSENGELD

Buchtipp

Kinder bei der Arbeit

Weltweit müssen rund 250 Millionen einer Erwerbsarbeit nachgehen, knapp die Hälfte von ihnen in Vollzeit. Statt mit Spielen oder Lernen verbringen sie damit ihre Kindheit. Die Gründe dafür sind vielfältig, meist spielt wirtschaftliche Not eine entscheidende Rolle, die meisten Kinder arbeiten in so genannten Entwicklungsländern. Um gegen Kinderarbeit vorzugehen, braucht man vielfältige Maßnahmen. Eine große Rolle spielen dabei starke Gewerkschaften vor Ort. Hier listet das Handbuch zahlreiche Beispiele aus verschiedenen Ländern auf. Aber auch Gewerkschaften in den so genannten Industrieländern können ihren Teil zur Eindämmung beitragen, beispielsweise über Beschaffungsverordnungen oder Druck auf Unternehmen, die von Kinderarbeit profitieren. Ein interessantes Handbuch, nicht nur für den Öffentlichen Dienst.

Paul Germanotta, Susan Bullock, Neil Kearny: Kinder bei der Arbeit. Ein Handbuch über Kinderarbeit für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, herausgegeben von der gewerkschaftlichen Internationale des Öffentlichen Dienstes (IÖD): www.world-psi.org. Das Handbuch zum Herunterladen ist einfach zu finden, wenn man bei www.google.de den Buchtitel „Kinder bei der Arbeit“ in Anführungsstrichen eingibt.

Scheine schaffen keine Jobs

Bezugsdauer: Regierung bleibt hinter den Forderungen des DGB zurück

(hla) Das Arbeitslosengeld soll zukünftig wieder länger gezahlt werden. Darauf einigte sich der Koalitionsausschuss der Bundesregierung in seiner Sitzung am 12. November 2007. Über 50-Jährige sollen diese Leistung künftig 15 Monate lang, über 55-Jährige für 18 Monate und über 58-Jährige für 24 Monate erhalten. Die Dauer der erforderlichen Vorversicherung ließen die Koalitionsspitzen offen. Wer länger arbeitslos ist, soll ein konkretes Beschäftigungsangebot oder einen Eingliederungsschein erhalten.

Damit bleibt die Regierung hinter den Forderungen des DGB zurück, auf die auch ver.di in einem Beschluss des Bundeskongresses verweist. Die verlängerte Dauer des Arbeitslosengeld-Bezugs „ist ein Schritt in die richtige Richtung“, sagt Bernhard Jirku, beim ver.di-Bundesvorstand für die Erwerbslosen zuständig. „Er geht aber insbesondere für die über 60-Jährigen nicht weit genug.“ Es mangle an genügend konkreten Beschäfti-

gungsmöglichkeiten für ältere Langzeitarbeitslose. „Scheine schaffen keine Jobs“, kritisiert Jirku.

Gleichzeitig einigte sich die Koalitionsrunde darauf, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung auf 3,3 Prozent zu senken. Für ver.di wäre es jedoch wichtiger gewesen, das zur Verfügung stehende Geld aus den Überschüssen zur Bundesagentur für Arbeit für eine aktive Arbeitsmarktpolitik für die rund 3,5 Millionen Arbeitslosen zu verwenden.

Ein schwacher Trost

Auch will die Bundesregierung in Zukunft 1 Mrd. Euro mehr für die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen ausgeben. „Das ist zwar ein richtiges Signal, aber in Wirklichkeit ein schwacher Trost für die Betroffenen. Vermittelt werden kann nur, wenn das eine zum anderen passt. Not tut eine bereits während der Beschäftigung einsetzende Weiterbildung“, sagt Jirku.

Noch keine Einigung hat es hinsichtlich der Zwangsverrentung von

Empfängern des Arbeitslosengeldes (Alg II) gegeben, die Anfang kommenden Jahres in Kraft treten soll. Dann müssen über 58-jährige Alg-II-Empfänger ihre Rente beantragen, sobald sie einen Anspruch darauf haben – auch wenn ihnen Abschlüsse drohen. Dieses Thema wurde erst einmal vertagt, weitere Gespräche der Fraktionen vereinbart.

Ein vom Bundesarbeitsministerium vorgelegter Gesetzentwurf sieht unter anderem vor, dass Betroffene einen Arbeitsplatz angeboten bekommen. Wer einen Job in Aussicht hat, sollte bis zu sechs Monate eine Verlängerung der bisherigen 58er-Regelung erhalten. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske hatte Ende Oktober in einem offenen Brief an die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien und die Mitglieder des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales gefordert, dass bei der Abschlagsrente die Freiwilligkeit für alle erhalten bleiben müsse.

JOURNALISMUS

Aktionstag gegen Gewalt und Zensur – Stand up for Journalism

(pm) Weltweit mehr als 1000 Journalisten, Kameraleute und redaktionelle Mitarbeiter haben seit 1996 ihre Berufsausübung mit dem Leben bezahlt. Allein im vergangenen Jahr waren 168 Opfer zu beklagen. Im zu Ende gehenden Jahr gibt es bereits 161 Tote. Mehr als 200 Journalisten, redaktionelle Mitarbeiter und Online-Dissidenten wurden seit Jahresbeginn wegen ihrer unbequemen Recherchen, Be-

richte und Kommentare inhaftiert. Haft wird dabei regelmäßig unter Vorwänden wie angeblicher Steuervergehen, Spionage oder Beschädigung des Ansehens der Nation angeordnet. Ermordung und Inhaftierung dienen als Instrumente der Zensur und zur Einschüchterung. Auf diese Zahlen und Schicksale wiesen Anfang November die Deutsche Journalisten-Union (dju) in ver.di und die ver.di-Fachgruppe Me-

dien im Rahmen einer gemeinsamen Aktion der Europäischen Journalisten-Vereinigungen hin: Alle Kolleginnen und Kollegen wurden unter dem Motto „Stand up for Journalism“ bundesweit zu einer fünfminütigen Arbeitsunterbrechung am 5. November auf. Die Zeit von 10.55 bis 11.00 Uhr sollte dem Gedenken der getöteten und der Unterstützung der inhaftierten Berufskollegen gewidmet sein.

STATISTIK

DIW beklagt ungleiche Vermögensverteilung

(hla) Zehn Prozent der Bundesbürgerinnen und -bürger besitzen fast zwei Drittel des Vermögens. Fast zwei Drittel der Bevölkerung hat jedoch insgesamt nur einen Anteil von weniger als zehn Prozent am Gesamtvermögen. Auf diese Situation hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) aufmerksam gemacht. Im Durchschnitt verfügt damit jeder über 17-Jährige –

rein statistisch – über ein individuelles Nettovermögen von 81 000 Euro. DIW-Forscher Markus Grabka weist jedoch darauf hin, dass aufgrund der sehr ungleichen Verteilung der mittlere Wert bei 15 000 Euro liege.

Besonders wenig Vermögen haben Frauen, Ostdeutsche und Migranten. Männer besitzen durchschnittlich 96 000 Euro (mittlerer Wert 20 000),

Frauen hingegen nur 67 000 Euro (mittlerer Wert 10 000). Das höchste Nettovermögen nach Altersgruppen besitzen die 56- bis 65-Jährigen.

Weil Vermögen in Deutschland immer ungleicher verteilt ist, fordert das DIW, die Reform der Erbschaft- und der Schenkungsteuer zu überdenken. Die Steuersätze seien im internationalen Vergleich gering.



Norbert Reuter ist Referent in der Abteilung Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand

KOMMENTAR

Steuern sprudeln: Genug gespart!

Der Aufschwung und die explodierenden Gewinne lassen die Steuereinnahmen endlich wieder steigen. Nach der aktuellen Steuerschätzung werden es in diesem Jahr 539 Mrd. Euro sein – 25 Mrd. Euro mehr als noch vor einem Jahr erwartet. Für 2008 gehen die Steuerschätzer sogar von einem weiteren Plus von 17 Mrd. Euro aus. Bereits im Mai hatten sie einen Anstieg auf über 610 Mrd. Euro bis 2011 prognostiziert. Volle Kassen also! In den letzten Jahren waren für den Staat „leere Kassen“ das zentrale Argument dafür, an allen Ecken und Enden zu „sparen“. Grund: Der Staat hatte Unternehmen und Reichen großzügige Steuererleichterungen gewährt. Deshalb waren die Steuereinnahmen zwischen 2000 und 2004 sogar zurückgegangen. Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes wurden mit Einkommenssteigerungen abgespeist, die noch hinter denen anderer Branchen zurückblieben. Hinzu kam eine enorme Arbeitsverdichtung durch massiven Personalabbau bei gleichzeitig neuen Anforderungen. Deshalb sind kräftige Lohnsteigerungen in den anstehenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes überfällig. Zusammen mit wieder steigenden öffentlichen Investitionen würde die anhaltend schwache Binnennachfrage gestärkt.

FINANZPOLITIK I

Die Staatseinnahmen sprudeln

42 Mrd. Euro mehr innerhalb von nur zwei Jahren – ver.di: Binnennachfrage stärken!

(hla) Die Steuerschätzer hatten auch in diesem November wieder frohe Kunde für den Bundesfinanzminister: 555,6 Mrd. Euro wird der Staat nach ihren Berechnungen 2008 einnehmen. Das sind rund 17 Mrd. Euro mehr als im laufenden Jahr. Schon die Summe für 2007 liegt rund 25 Mrd. Euro höher als bislang erwartet. Das ist ein Ergebnis der aktuellen Steuerschätzung, die Experten zweimal im Jahr – im Mai und im November – vorlegen.

Doch Peer Steinbrück (SPD) frohlockt nicht. Die Mehreinnahmen seien bereits verplant, sagt der Finanzminister. Das sieht Ralf Krämer, Referent in der Abteilung Wirtschaftspolitik beim

ver.di-Bundesvorstand, kritisch: Große Steuergeschenke seien beispielsweise den Unternehmen durch die Unternehmenssteuerreform und den Verzicht auf eine Erbschaftssteuer bei Betriebsvermögen gemacht worden – und diese Lücken müssten jetzt gegenfinanziert werden. Außerdem schränke sich der Bund in seinen finanziellen Möglichkeiten stark ein, weil er die Neuverschuldung schon jetzt auf Null fahre.

Als Grund für die höheren Steuereinnahmen gilt die allgemeine gute wirtschaftliche Entwicklung. „Man darf aber nicht vergessen, dass diese Entwicklung auf einem relativ niedrigen

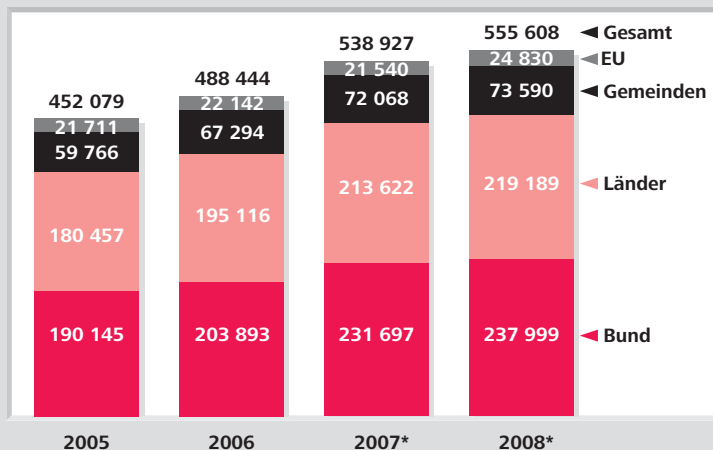
Ausgangsniveau stattfindet“, sagt Krämer. Anfang dieses Jahrzehnts hätten Steuersenkungen zugunsten der Unternehmer und der Vermögenden die staatlichen Einnahmen niedrig gehalten. Dadurch seien die von den Politikern immer wieder beklagten leeren Staatskassen selbst herbeigeführt worden.

Krämer fordert, die Binnenkonjunktur endlich anzukurbeln und Schluss zu machen mit den Kürzungen bei den öffentlichen Dienstleistungen. Auch die Zeit der Lohnzurückhaltung müsse beendet werden. Im Hinblick auf die Anfang kommenden Jahres beginnende Tarifrunde des Öffentlichen Dienstes sagt er: „Jetzt sind die Beschäftigten mal an der Reihe.“ Er fordert auch, die niedrige Investitionsquote durch die Steuereinnahmen zu erhöhen, beispielsweise im Verkehrsbereich oder bei der Bildung. Das ist seiner Meinung nach dringend nötig, sei eine Investition in die Zukunft und schaffe Arbeitsplätze.

Zeitgleich mit der Steuerschätzung legen auch die sogenannten fünf Weisen ihr Sachverständigengutachten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland vor. Sie prognostizieren ein Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent und liegen damit etwas unter anderen Gutachten. Für Krämer ist das ein weiterer Grund, die Binnennachfrage anzukurbeln.

ERGEBNIS DER STEUERSCHÄTZUNG NOVEMBER 2007

Verteilung der Steuereinnahmen (in Millionen Euro)



Quelle: Bundesministerium für Finanzen

* geschätzt

FINANZPOLITIK II

Erbschaftssteuer so niedrig wie in Mexiko und Tschechien

(hla) SPD und Union haben sich auf Eckpunkte für eine Erbschaftssteuerreform verständigt. Das war nötig, weil das Bundesverfassungsgericht neue Bewertungen von Immobilien- und Betriebsvermögen bei der Vererbung gefordert hatte. Diese höhere Bewertung von Vermögen wird ausgeglichen durch höhere Freibeträge für nahe Familienangehörige. Fernere Verwandte und sonstige Erben müssen sich dagegen teilweise auf höhere Belastungen einstellen. Bei der Vererbung von Firmenvermögen werden künftig 85 Prozent pauschal als betrieblich eingestuft und von der Steuer gänzlich verschont,

wenn die Arbeitsplätze zehn Jahre lang „mehrheitlich“ erhalten bleiben. Insgesamt soll das Aufkommen aus der Erbschaftssteuer bei jährlich rund 4 Mrd. vier Mrd. Euro verharren.

„Die neuen Freibeträge sind zu großzügig“, sagt Norbert Reuter, Referent in der Abteilung Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand. Bereits nach den bisherigen Regelungen hätten mehr als 90 Prozent der Erben keine Erbschaftssteuer zahlen müssen. Mit den geplanten Änderungen werde diese Zahl eher ansteigen – trotz der Neubewertung. Auch beim Übergang von Betriebsvermögen habe es bislang kei-

ne Schwierigkeiten gegeben.

Reuters Meinung nach verschenkt die Regierung eine große Chance, das Aufkommen aus dieser Steuer zu erhöhen. 10 Mrd. Euro seien realistisch, ohne dass die Erben zu stark belastet würden. Das sieht auch ein Beschluss des ver.di-Bundeskongresses vor. Reuter verwies zudem darauf, dass Deutschland im Vergleich der Belastung durch Grund-, Erbschafts- und Schenkungssteuer im internationalen Vergleich im hinteren Bereich liegt. Mit lediglich 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ist sie so niedrig wie in Mexiko, Tschechien und der Slowakei.

BRIEFDIENSTE

Kampagne

Vier neue Plakate zu „Genug Gespart“

Die vier neuen Plakate sind: eine Studentin vor gnadenlos überfülltem Hörsaal, ein Antragsteller neben allzu langer Warteschlange im Amt, ein Mädchen auf Mutters Arm draußen vor der Kita und zwei Theaterfreunde vor leeren Rängen. Auf bundesweit 4.395 Plakatwänden kleben diese Motive vom 13. bis zum 22. November 2007. Die von ver.di und Beamtenbund gegründete „Initiative Öffentliche Dienste“ läutet damit die zweite Phase ihrer Imagekampagne ein – wieder unter dem Motto „Genug Gespart! Öffentliche Dienste sind Mehrwert“. Wie schon die ersten, am 31. August aufgehängten Großplakate zeigen auch die neuen Themen, was Kaputtsparen heißt: In den letzten Jahren wurden

- 150 000 Stellen in den Ämtern gestrichen; lange Wartezeiten bei Anträgen und Behörden-gängen nerven;
- über 20 000 Stellen an Hochschulen gestrichen; bei gleichzeitig 150 000 Studierenden mehr wird Bildung zur Massenabfertigung;
- 10 000 Stellen an Theatern gestrichen; das sind 20 Prozent der Beschäftigten, für die Kultur fällt der Vorhang;
- die Gebühren für Kitaplätze um 35 Prozent erhöht; viel zu teuer – erst recht für Alleinerziehende und Geringverdiener!

Zusätzliche Texte, Fotos und Videos zu den vier Themen enthält im Netz die Kampagnen-Seite www.genuggespart.de

Kanzlerin verordnet Hungerlöhne

Regierungskoalition besiegelt Punktsieg der privaten Zustelldienste

(red./pm) Nach wochenlangem Hin und Her in der Regierungskoalition hat sich die CDU/CSU Mitte November durchgesetzt: Den Mindestlohn für Briefzusteller wird es vorerst nicht geben. Damit haben die privaten Zustelldienste, wie etwa die vom Springer-Konzern dominierte PIN AG und die niederländische TNT, einen Punktsieg im Kampf um Dumpinglöhne erzielt. Festhalten wollen CDU/CSU und ausdrücklich auch die SPD jedoch an der so genannten Liberalisierung des Postmarktes für Briefe unter 55 Gramm zum 1. Januar 2008.

Eine eiskalte Politik gegen die Menschen

Als „dreisten Versuch in die Tarifautonomie einzugreifen“ bezeichnete die stellvertretende Vorsitzende der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft, Andrea Kocsis, die Forderung der Union im Koalitionsausschuss, den von ver.di vereinbarten Mindestlohn abzusenken. „Die Kanzlerin will staatliche Hungerlöhne für die Briefzusteller verordnen. Das ist eine eiskalte Politik gegen die Menschen und für die Unternehmen,

die ihre Geschäfte auf dem Rücken der Allgemeinheit machen“, sagte Kocsis.

Ebenso vordergründig sei die Debatte der Union um den Geltungsbereich. Den hätten die Tarifvertragsparteien vor der Koalitionsrunde präzisiert und dahingehend klargestellt, dass Arbeitnehmer, die nur gelegentlich Briefe befördern, nicht unter den Geltungsbereich des Tarifvertrages fallen. „Die Regeln im Tarifvertrag sind eindeutig. Fakt ist, die Union will den Mindestlohn von 8,00 bis 9,80 Euro zerschießen. Das ist das Ziel und sonst nichts“, so Kocsis.

ver.di erwarte hingegen, dass sich die Große Koalition an die Vereinbarung halte, die Briefdienstbranche vor dem Hintergrund der Liberalisierung zum 1. Januar 2008 vor Lohndumping zu schützen. Dazu sei von der Bundesregierung ein Gesetz auf den Weg gebracht worden. „Das kann man nicht mit einem nächtlichen Handstreich vom Tisch wischen. Wir werden da nicht nachlassen und erwarten die Unterstützung der Regierungspartei SPD“, unterstrich die ver.di-Vize.

Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer erklärte: „Die Koalition ist auf dem besten Weg, sich in Sachen Arbeitslosengeld I und Post-Mindestlohn endgültig unglaublich zu machen.“ Beim Post-Mindestlohn blockiere die Union mit immer neuen, ebenso fadenscheinigen wie durchsichtigen Argumenten einen klaren Kabinettsbeschluss: „Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Union unter dem massiven Druck von Zeitungsverlagen wie Springer steht, die mit Gewalt ins Postgeschäft drängen.“

Michael Sommer: Massiver Druck der Zeitungsverlage

Der DGB-Vorsitzende forderte die Union auf, endlich den Kabinettsbeschluss von Meseberg umzusetzen und den zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft und den Postarbeitgebern beschlossenen Mindestlohn bedingungslos zu akzeptieren. Denn, so Michael Sommer, Opfer der bisherigen Verweigerungshaltung seien die Postbeschäftigten, die bisher einen sicheren Job hatten und nun um ihre Existenz bangen müssten.

VERSICHERUNGEN

Tarifrunde: ver.di wartet auf diskussionsfähiges Angebot

(bb) Die Versicherungsbranche hat in den Jahren 2006 und 2007 satte Gewinne eingefahren. Doch in den laufenden Tarifverhandlungen stellt sich die Arbeitgeberseite stur: Bislang weigert sie sich, überhaupt ein verhandlungsfähiges Angebot vorzulegen. Der Leiter der ver.di-Fachgruppe Versicherungen, Richard Sommer, ist auch vor der dritten Runde am 23. November 2007 nicht sicher, ob die Unternehmen Einsicht zeigen. Während ver.di u. a.

6,5 Prozent mehr Lohn, die Übernahme aller Auszubildenden und den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen fordert, wollen die Arbeitgeber über Absenkungen der Tarifstandards reden. So sollen Weihnachts- und Urlaubsgeld künftig zugunsten einer Erfolgsprämie entfallen und der Samstag zum Regelarbeitstag werden. „Eine Provokation“, sagt ver.di. Außerdem beschränkten sich die Arbeitgeber auf Forderungen, die den Manteltarif be-

treffen. „Wir verhandeln aber über die Einkommen“, stellt Sommer klar. Bevor dieser Tarifvertrag nicht unterschrieben sei, werde es auch keine Gespräche über den Manteltarif geben.

Die dritte Verhandlungsrunde in Hamburg wird von Warnstreiks begleitet. Aber wenn die Arbeitgeber bei ihrer Position bleiben, wird die Tarifkommission über weitergehende Maßnahmen beraten. Sommer: „Wir werden denen nichts schenken.“

EINZELHANDEL II

Basic-Mitbegründer erleichtert über Lidl-Ausstieg

(dpa) Der Mitbegründer der Bio-Supermarktkette Basic, Georg Schweisfurth, hat sich erleichtert über den angekündigten Ausstieg der Schwarz-Gruppe (Lidl, Kaufland) gezeigt. „Ich bin sehr froh“, sagte er laut dpa der Münch-

ner „Abendzeitung“. Die Schwarz-Gruppe hatte sich im Februar 2007 mit 23 Prozent an Basic beteiligt und im Sommer ein Übernahmeangebot vorgelegt. Nach Protesten von Lieferanten und Kunden kündigte Schwarz nun jedoch

den Ausstieg an. Schweisfurth dazu: „Die Kunden haben gewonnen. Das ist das erste Mal in der Geschichte, dass sie mit dem Einkaufszettel abgestimmt haben, wie ökologische Landwirtschaft funktionieren soll.“

EINZELHANDEL III

Lidl-Kampagne auf Erfolgskurs

In Hamburg und Stuttgart wurden neue Betriebsräte gewählt

(bb) Die Lidl-Kampagne der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft läuft. Und zwar mit Erfolg: In Stuttgart-Feuerbach und Hamburg-Eidelstedt gibt es seit Anfang Oktober bzw. November Betriebsräte. Die Beschäftigten haben sich vom Druck der Geschäftsleitung nicht beeindrucken lassen und ihre Vertreter gewählt. Kampagnenleiter Rainer Kau kann zufrieden sein: Dieser – sichtbare – Erfolg bestätigt die Organisatoren. Für Rainer Kau ist entscheidend im Kampagnenkonzept der kontinuierliche und direkte Kontakt zu den Beschäftigten in den einzelnen Filialen. Ehren- und Hauptamtliche Aktive sind als persönliche Ansprechpartner im Einsatz. Ihre Aufgabe ist es, Kon-

takt aufzunehmen, die konkreten Probleme der Beschäftigten zu erkennen und möglichst Lösungen anzubieten. „Das können ganz einfache Dinge sein“, sagt Kau. „Aber wer im Kleinen Erfolg hat, der hat die Chance, die Beschäftigten für sich zu gewinnen und deutlich zu machen, dass eine Arbeitnehmervertretung mehr Probleme lösen kann als beispielsweise eine Rauchpause für die Beschäftigten.“

Wichtig ist auch die Unterstützung durch Bündnispartner

Der Kampagnenschwerpunkt soll deshalb künftig noch stärker auf der persönlichen Ansprache vor Ort liegen. Die Ehrenamtlichen müssen geschult, das

Vorgehen organisiert und gemanagt werden. Nicht zuletzt ist für die Kampagnenplaner aber auch die Unterstützung durch Bündnispartner wichtig. Die finden die Beschäftigten, aber auch die ver.di-Akteure bei den Kirchen und Verbänden wie Attac.

Die Lidl-Geschäftsführung schweigt derzeit. Allerdings werden Betriebsratswahlen nicht mehr von vorneherein rigoros unterbunden. Stattdessen versucht das Unternehmen, über persönliche Besuche bei den Beschäftigten die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu beeinflussen. Oder es wird – wie in Hamburg – auch schon mal ein Gegenkandidat ins Rennen geschickt: erfolglos, wie sich zeigte.

WIRTSCHAFT

DGB: Fünf Weisse wollen Probleme des Aufschwungs nicht thematisieren

(pm) Die Warnung vor einer Änderung des Reformkurses entbehre jeglicher seriöser Grundlage, kritisierte DGB-Vorstandsmitglied Claus Matecki Anfang November das neue Gutachten des Sachverständigenrats zur wirtschaftlichen Entwicklung. „Die Unterstellung, dass die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen zum Aufschwung geführt hätten, ähnelt dem Glauben an den Weihnachtsmann: Hier ist der Wunsch Vater des Gedankens“, sagte Matecki.

Tatsächlich sei die Wirtschaft im letzten Aufschwung von 1998 bis 2000 mit gleicher Kraft gewachsen, die Beschäftigung jedoch doppelt so stark

– ganz ohne Agenda 2010. Damals entstanden, trotz eines angeblich verkrusteten Arbeitsmarktes mehr als 1,4 Mio. Arbeitsplätze. „Die derzeit bessere Arbeitslosenstatistik verdanken wir zu großen Teilen einem demographischen Effekt“, betonte das DGB-Vorstandsmitglied: „Das Arbeitskräfteangebot hat sich im Vergleich zum letzten Aufschwung um fast eine halbe Million verringert.“

Arbeitsmarktreformen wirken in der Tat: nämlich negativ

Die Mehrheit der Wirtschaftsweisen sei offensichtlich nicht willens, das zentrale Problem des gegenwärtigen Auf-

schwungs zu erkennen und zu thematisieren: Trotz kräftig steigender Tariflöhne kämen die realen Einkommen nicht vom Fleck, der private Konsum lahme nach wie vor. Claus Matecki: „Hier wirken die Arbeitsmarktreformen in der Tat – und zwar negativ: Mini-, Midi-, und Ein-Eurojobs, Leiharbeit und Hartz IV üben massiven Druck auf die Löhne aus. Hierzu hätten wir gerne etwas von den Wirtschaftsweisen gehört.“ Der Titel des Gutachtens „Das Erreichte nicht verspielen“ müsse in den Ohren der rund 2,5 Millionen Beschäftigten im Niedriglohnsektor und der Arbeitslosen wie Hohn klingen

BESOLDUNG

Gewerkschaften fordern „deutliches Plus“ für Bundesbeamte

(pm/red.) Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock fordert, dass die Einkommen der Beamtinnen und Beamten des Bundes 2008 „kräftig steigen“. „Sie haben in den vergangenen Jahren viele Kürzungen hinnehmen müssen und sind dabei unter das Einkommensniveau des Jahres 2002 gerutscht“, sagte Sehrbrock bei der Eröffnung des Schöneberger Forums am 13. November 2007 in Berlin. „Das Argument leerer Kassen greift nicht mehr, wir erwarten ein deutliches Plus.“

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft will im Blick auf die 2008 beginnende Besoldungsrunde nicht auf ein Angebot des Dienstherrn Bund warten, sondern geht selbst in die Offensive.

Über 1000 beamtete Kolleginnen und Kollegen sind für den 17. Dezember 2007 (Beginn: 12.00 Uhr) in den Berliner Postbahnhof zu einer Auftaktveranstaltung zur Besoldungsrunde 2008 eingeladen. Der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske und Bundesvorstands-

mitglied Achim Meerkamp läuten die Runde ein.

ver.di will mit dieser Veranstaltung die betroffenen Beamtinnen und Beamten in die Auseinandersetzung um höhere Einkommen im öffentlichen Dienst beim Bund und in den Kommunen einbeziehen. Die Gewerkschaft verhandelt für die Beamtinnen und Beamten mit, erwartet aber auch das Engagement der Betroffenen für ein gutes Tarif- und Besoldungsergebnis.



Melissa Hübsch ist Betriebsratsvorsitzende der Lidl-Filiale in Stuttgart-Feuerbach

INTERVIEW

Mehrheit auf unserer Seite

Was war ausschlaggebend für dich, für den Betriebsrat zu kandidieren?

Die eigenen Erlebnisse. Dazu muss ich allerdings sagen, dass ich während der ersten Zeit bei Lidl keine Probleme hatte. Nach einem Filialwechsel habe ich dann selbst erlebt, wie wichtig es wäre, die Arbeitnehmerrechte zu stärken.

Wie hat sich die Geschäftsführung verhalten?

Das Schlimmste war, dass versucht wurde – zum Teil durchaus erfolgreich – die Belegschaft auseinanderzudividieren. In die Guten, die keinen Betriebsrat wollen, und die Gegenseite. In Einzelgesprächen wurde gegen den Betriebsrat und ver.di agitiert. Es hat dann aber doch gereicht. Von unseren rund 26 Kolleginnen und Kollegen hatten wir die Mehrheit auf unserer Seite.

Würdest Du trotz der negativen Erfahrungen in anderen Filialen zur Wahl raten?

Ja, auf jeden Fall. Ich weiß, dass das für jede oder jeden sehr schwer werden kann. Aber wir brauchen Arbeitnehmervertretungen im gesamten Unternehmen.

Ihr seid ein dreiköpfiger Betriebsrat. Wie sieht denn euer Arbeitsprogramm aus?

Das Wort „Arbeitsprogramm“ ist vielleicht noch ein wenig verfrüht. Wir sind ja erst kurz im Amt. Aktuell sind wir dabei, eine Betriebsversammlung vorzubereiten.

Lesetipp

Wie soll ich mich entscheiden?

Personalabbau und Umstrukturierungen stellen die Betroffenen vor schwierige Entscheidungen. Interessenausgleich und Sozialplan regeln meist die Rahmenbedingungen für die anstehenden personellen Maßnahmen. Den Betroffenen öffnen sie oft weitere Handlungsmöglichkeiten. Dazu kann die finanzielle Flankierung einer Versetzung ebenso gehören wie der vorzeitige Ausstieg aus dem Erwerbsleben. Die Abteilung Sozialpolitik beim ver.di-Bundesvorstand hat deswegen die 4. aktualisierte Ausgabe der Broschüre „Wie soll ich mich entscheiden? Entscheidungshilfe bei Umstrukturierung und Personalabbau sowie Übergang in die Rente“ herausgegeben. Behandelt werden darin die Themen Abfindung, Transfergesellschaft und Altersteilzeit sowie die Fragen, ob man zu geänderten Bedingungen im Unternehmen bleiben soll und welche Auswirkungen die Entscheidung auf Arbeitslosengeld und Rente hat.

Die Broschüre ist erhältlich in den ver.di-Geschäftsstellen. Außerdem kann sie zum Preis von 2 Euro zzgl. Versand bestellt werden bei Scholz Direct, Richard Scholz GmbH, Paradiesstr. 206 A, 12526 Berlin, Telefon 030/6 79 82-150, Fax -351, eMail verdi@scholz-direct.de

Ungeachtet des Niveaus

Dieter Bohlen ist laut Gericht auch als „Superstar“-Juror ein Künstler

(dpa) Dieter Bohlen ist auch als Juror der RTL-„Superstar“-Show ein Künstler. Das hat das Sozialgericht Köln am 12. November 2007 unter dem Aktenzeichen S 23 KR 3/07 entschieden. Nach Meinung der Richter war die Jury der Show „Deutschland sucht den Superstar“ um Bohlen ungeachtet des Niveaus künstlerisch tätig. Es sei in Ansätzen eine freie schöpferische Gestaltung zu erkennen, urteilte das Gericht. Somit muss der Fernsehsender RTL für die Arbeit der Juroren noch ausstehende Sozialabgaben von rund 173 000 Euro an die Künstlersozialkasse zahlen. Gegen das Urteil kann Widerspruch eingelegt werden.

In dem Fall ging es um Sendungen in den Jahren 2002 bis 2006. RTL hatte die Zahlung der Abgaben verweigert und gegen einen entsprechenden Beitragsbescheid der Künstlersozialkasse geklagt. Nach Ansicht des Senders waren Bohlen und Co. als Experten und nicht als Juroren tätig. Daher habe keine Abgabepflicht bestanden. Die Klage des Senders wurde nun zurückgewiesen.

Geringer Grad der eigenschöpferischen Leistung

„Dass Dieter Bohlen ein Künstler ist – auch als Juror –, kriegt er jetzt schriftlich“, sagte der Richter. Schon ein geringer Grad der eigenschöpferischen

Leistung reiche aus, um eine Abgabepflicht zu begründen. Die künstlerische Leistung bestehe etwa darin, zum Unterhaltungscharakter der Sendung beizutragen. Ob die Äußerungen der Jury spontan oder abgesprochen seien, spiele keine Rolle.

Die Künstlersozialkasse bietet Künstlern und Publizisten soziale Absicherung fürs Alter sowie gegen Krankheit und Pflegebedürftigkeit. Finanziert wird sie zur Hälfte aus Beiträgen der Versicherten, zu 20 Prozent über einen Zuschuss des Bundes sowie zu 30 Prozent aus der Künstlersozialabgabe. Die wird bei Unternehmen erhoben, die künstlerische und publizistische Beiträge verwerten.

AKTUELLE URTEILE

Weihnachtsgeld bei arbeitgeberseitiger Kündigung

(dpa) Kündigt ein Arbeitgeber einem Arbeitnehmer betriebsbedingt, hat dieser dennoch Anspruch auf Weihnachtsgeld. Dies gilt auch, wenn es im Arbeitsvertrag eine Klausel gibt, nach der der Arbeitnehmer den Anspruch stets dann verlieren sollte, wenn

er im ersten Quartal eines Jahres ausscheidet. So entschied das Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz unter dem Aktenzeichen 3 SA 315/07. Schließlich dürfe der Mitarbeiter keinen Nachteil aus einer Entscheidung haben, die er nicht beeinflussen könne.

Beamter wegen Kinderpornografie suspendiert

(dpa) Besitzt ein Beamter kinderpornografische Schriften, darf er mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert werden. Das geht aus einem Beschluss des Saarländischen Obergerichtshofes hervor (Beschluss 7 B 346/07). Das Verhalten des Beamten sei disziplinarrechtlich mit dem unmittelbaren sexuellen Kindes-

missbrauch gleichzusetzen. Wer solches Material konsumiere, schaffe mit seiner Nachfrage den Anreiz, Kinder zu missbrauchen. Mit diesem Beschluss wies das Obergericht die Beschwerde eines Beamten gegen seine vorläufige Dienstenthebung und die Kürzung seiner Bezüge zurück.

Auslands-Bafög für Erstsemester

(red.) Wer im Ausland studiert, musste bislang eine mindestens einjährige Ausbildung in Deutschland vorweisen zu können, um Anspruch auf Auslands-Bafög zu haben. Das verstößt gegen das Recht auf Freizügigkeit, urteilten jetzt die Richter des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg unter dem Aktenzeichen C-11/06, C-12/06. Außerdem seien dadurch die Hürden für ein Auslandsstudium zu hoch. Geklagt hatten zwei Studentinnen. Durch

die bisherige Praxis würden persönliche Unannehmlichkeiten, zusätzliche Kosten und etwaige Verzögerungen entstehen, die dazu geeignet seien, „Unionsbürger vom Verlassen Deutschlands abzuhalten, um einer Ausbildung in einem anderen Mitgliedstaat nachzugehen. Sie stellt daher eine Beschränkung der Freizügigkeit der Unionsbürger dar“, heißt es dazu in der Presseerklärung des Europäischen Gerichtshofs.

Vergleich ohne Sperrfrist

(bsg) Ein Arbeitgeber hatte einem langjährigen Beschäftigten außerordentlich mit sozialer Auslauffrist gekündigt. Dagegen erhob dieser Kündigungsschutzklage. Es kam zu einem außergerichtlichen Vergleich: Der Arbeitnehmer kündigte und bekam von seinem Arbeitgeber eine Abfindung. Daraufhin verhängte die Arbeitsagentur eine Sperrfrist wegen Arbeitsaufgabe. Der Fall landete vor dem Bundessozialgericht (Az: B 11a AL 51/06 R). „Es kann einem Arbeitnehmer nicht zum Nachteil gereichen, wenn er gegen die Kündigung vorgeht und sodann im arbeitsgerichtlichen Verfahren die Klage zurücknimmt oder einen Vergleich schließt.“

Zweitwohnung

(dpa) Berufspendler können die Mehrkosten für die doppelte Haushaltsführung am Arbeitsort als Werbungskosten steuermindernd absetzen. Dafür hat das Bundesfinanzgericht in zwei Verfahren (VI R 10/06 und VI R 23/05) aber Grenzen gesetzt. Die obersten Finanzrichter legten zwar keine Höchstgrenze fest, aber entschieden, dass die notwendigen Aufwendungen bei 60 Quadratmetern und einem „durchschnittlichen Wohnstandard“ vorlägen.



Olga Salanueva ist die Ehefrau des US-Gefangenen Rene Gonzalez

THE MIAMI FIVE

Internationales Recht verletzt

ver.di will US-amerikanische Gewerkschaften auf die Skandalurteile aufmerksam machen

(hla) Fünf Kubaner sitzen seit fast sechs Jahren in US-amerikanischen Gefängnissen: Ramón Labañino, Antonio Guerrero, René González und Fernando González sind wegen Spionage und Verschwörung, Gerardo Hernández zusätzlich wegen Mordes zu Haftstrafen bis zu zweimal lebenslänglich plus 15 Jahren verurteilt worden. „Übermäßige Urteile“, sagt Olga Salanueva, die Ehefrau von René González. Sie kritisiert außerdem, dass die Urteile gegen die unter der Bezeichnung „The Miami Five“ bekannt gewordenen Kubaner nicht unter regulären Bedingungen entstanden seien. In der Stadt Miami, einer Hochburg der Exilkuba-

ner, sei ein fairer Prozess nicht möglich gewesen. Außerdem hätten die Beweismittel nicht darlegen können, weshalb die Männer angeklagt worden seien.

Mit ihrer Kritik steht Olga Salanueva nicht allein. Zahlreiche Prominente, unter ihnen neun Nobelpreisträger und der ehemalige US-amerikanische Justizminister Ramsey Clark, setzen sich mittlerweile für die Freilassung der fünf Männer ein. Auch die Arbeitsgruppe „Willkürliche Inhaftierungen“ der UN-Menschenrechtskommission bewertet den Fall als willkürliche Inhaftierung.

Olga Salanueva war Anfang Oktober zusammen mit Adriana Perez, der Ehe-

frau von Gerardo Hernández, in Europa. Unter anderem schilderten sie dem stellvertretenden ver.di-Vorsitzenden Frank Werneke die Situation. „Wir wollen, dass der Fall bekannt wird. Wir fordern keine besondere Verhandlung, weil es sich um Kubaner handelt oder kein kubanisches Recht angewendet worden ist. Aber es sind internationale Konventionen verletzt worden und auch Rechte, die unseren Männern nach der US-Verfassung zustehen“, sagt Salanueva. Werneke versprach, sich dafür einzusetzen und auch amerikanische Gewerkschaften auf den Fall aufmerksam zu machen. Mehr Informationen: <http://www.miami5.de/>

BUNDESVORSTAND

Neue Geschäftsverteilung und Neuordnung der Ressorts

(red.) Nach dem Bundeskongress hat der ver.di-Bundesausschuss eine neue Geschäftsverteilung beschlossen. Danach haben die drei neuen Vorstandsmitglieder folgende Zuständigkeiten: Achim Meerkamp ist für die

Fachbereiche Bund und Länder sowie Gemeinden sowie für die Beamtinnen und Beamten, die Tarifarbeit des Öffentlichen Dienstes und für die Arbeiter/innen zuständig. Elke Hannack kümmert sich um Sozialpolitik und Er-

werbslose und gemeinsam mit Ellen Paschke um die Gesundheitspolitik. Dina Bösch ist verantwortlich für die Gewerkschaftliche Bildungsarbeit, Vertrauensleute, Mitbestimmung sowie Ausländische Arbeitnehmer/innen.

GESCHÄFTSVERTEILUNG IM VER.DI-BUNDESVORSTAND

Ressort	Ressortleiter/in	Fachbereich/e	Querschnittsaufgaben
1	Frank Bsirske		Grundsatzabteilung (Politik und Planung, Wirtschaftspolitik etc.), Kommunikationsmanagement (Pressestelle, Redaktion etc.), Controlling, Revision etc.
2	Margret Mönig-Raane	Handel (FB 12)	Tarifpolitische Grundsatzabteilung, Frauen und Gleichstellung, Genderpolitik
3	Gerd Herzberg		Finanzen, Vermögen, Organisation, Technik, Betriebsorganisation, Kontroll- und Beschwerdeausschuss, Recht, Rechtspolitik, Justizariat
4	Frank Werneke	Medien, Kunst und Industrie (FB 8)	Jugend, Mitgliederentwicklung, Freie und Selbstständige
5	Andrea Kocsis	Postdienste, Speditionen und Logistik (FB 10)	Seniorinnen und Senioren
6	Isolde Kunkel-Weber	Sozialversicherung (FB 4)	Personal, Datenschutz
7	Uwe Foullong	Finanzdienstleistungen (FB 1)	
8	Erhard Ott	Ver- und Entsorgung (FB 2), Verkehr (FB 11)	
9	Ellen Paschke	Gesundheit, Soziale Dienste, Wohlfahrt und Kirchen (FB 3)	Gesundheitspolitik
10	Elke Hannack		Sozialpolitik, Gesundheitspolitik, Erwerbslose
11	Petra Gerstenkorn	Bildung, Wissenschaft und Forschung (FB 5), Besondere Dienstleistungen (FB 13)	Bildung (allgemein und beruflich)
12	Achim Meerkamp	Bund und Länder (FB 6), Gemeinden (FB7)	Beamtinnen und Beamte, Tarifarbeit Öffentlicher Dienst, Arbeiterinnen und Arbeiter
13	Lothar Schröder	Telekommunikation, Informationstechnologie, Datenverarbeitung (FB 9)	Technologiepolitik, Meister, Techniker, Ingenieure, Humanisierung der Arbeit (Gute Arbeit)
14	Dina Bösch		Gewerkschaftliche Bildung, Vertrauensleute, Mitbestimmung, Ausländische Arbeitnehmer/innen

BERICHT

Fünf Minuten pro Woche

Wir Ehefrauen der in den USA inhaftierten fünf Kubaner haben keinen regelmäßigen persönlichen Kontakt zu unseren Männern. Ich bekomme kein Einreisevisum für die USA – ohne Begründung. Deswegen habe ich meinen Mann seit neun Jahren nicht mehr gesehen. Das sicherste, was uns bleibt, ist der Briefwechsel. Doch der findet unter Kontrolle statt, Briefe werden beim Eingang und beim Ausgang kontrolliert. Dadurch bekommen wir die Briefe sehr verzögert. Telefonisch ist der Kontakt nur sehr begrenzt möglich. Es ist ein Kontakt in eine Richtung. Nur die Männer können uns anrufen, weil die Nummer, die sie anrufen wollen, zuvor autorisiert sein muss. Außerdem haben sie nur ein bestimmtes Kontingent an Minuten zur Verfügung, doch in diese Minuten sind auch die Telefonkontakte zu den Verteidigern oder zu Diplomaten einbezogen. Auch wenn sie andere Familienangehörige anrufen wollen, geht das nur in dieser Zeit. Da bleiben pro Woche nur fünf bis sechs Minuten. Man muss schnell reden. Und wir stehen immer vor der Entscheidung, wer jetzt telefoniert: Ich? Oder die Tochter? Oder die Mutter?



GESUNDHEITS-MANAGEMENT IM BETRIEB

Alfred Oppolzer, Integration und Koordination menschengerechter Gestaltung der Arbeit, VSA -Verlag, Hamburg, 222 Seiten, 17,80 Euro

VER.DI-NEWS

ERSCHEINT 14-TÄGLICH
IM ABO

HERAUSGEBER

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT
VER.DI, FRANK BSIRSKA,
VORSITZENDER

CHEFREDAKTION

DR. MARIA KNIESBURGES

REDAKTION

BURKHARD BALTZER,
HEIKE LANGENBERG,
HENRIK MÜLLER
(VERANTWORTLICH)

LAYOUT

HELMUT MAHLER

INFOGRAFIK

KLAUS NIESEN

DRUCK ALPHA PRINT

MEDIEN AG, DARMSTADT

ADRESSE VEREINTE

DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT,
REDAKTION VER.DI-NEWS,
PAULA-THIEDE-UFER 10,
10179 BERLIN,
TEL.: 0 30/69 56 10 68,
FAX: 0 30/69 56 30 12,
VERDI-NEWS@VERDI.DE
WWW.VERDI-NEWS.DE

Hinweis: Die Ausgabe 19 erscheint am 1. Dez. 2007.

Wenn Arbeit krank macht

Stressige Arbeitsorganisation immer häufiger Ursache arbeitsbedingter Krankheiten

Krankheitsbedingte Fehlzeiten sind seit Jahren rückläufig. Vor falscher Interpretation sei aber gewarnt: Die Lebens- und Arbeitsbedingungen sind nicht unbedingt gesünder geworden. Jüngste Studien von Krankenkassen über die Ursachen von krankheitsbedingten Fehlzeiten weisen auf einen Wandel hin: Psychische Erkrankungen nehmen zu und ziehen weitere Befindlichkeitsstörungen nach sich. Ursachen: Veränderungen bei der Arbeitsorganisation und Ängste auf dem Arbeitsmarkt.

Damit befasst sich eine durchweg aufschlussreiche Handlungshilfe von Alfred Oppolzer, Universität Hamburg. Zunächst geht er von einem erweiterten Gesundheitsbegriff aus. Danach ist Gesundheit nicht allein die Abwesenheit von Krankheit. Vielmehr zieht er den Kreis weiter und sagt, dass zur Gesundheit auch geistig-seelisches und soziales Wohlbefinden zählt wie auch die Fähigkeit zur aktiven Bewältigung der Anforderungen in der Lebens- und Arbeitswelt.

Oppolzer verweist darauf, dass mit 43 Prozent die psychischen vor den körperlichen (31 Prozent) beruflichen und arbeitsumgebungsbezogenen Fehlbelastungen die Krankheitsursachen verändert haben. Eine Zunahme bei den psychischen Faktoren um zehn Prozent allein in fünf Jahren ist festzustellen. Zu den häufigsten psychischen Fehlbelastungen zählen Zeitdruck, schlechtes Führungsverhalten und auch Arbeitsplatzunsicherheit – zumeist in einer Kombination mehrerer dieser Faktoren.

Auch der Mangel an Gerechtigkeit und Fairness in den betrieblichen Sozialbeziehungen vermehrt die Risiken. Vor dem Hintergrund der oft aufflammenden Debatte um die Kosten der Wegeunfälle ist Oppolzers Hinweis sicher richtig, dass Unfallrisiken am Arbeitsplatz wie auf dem Wege auch mit psychischen Belastungen in Verbindung stehen. Zutreffend ist auch der Verweis darauf, dass nach psychischen Belastungen physische Folgen feststellbar sind: Schlaf- und Essstörungen, Me-

dikamenten-, Alkohol- und Nikotinmissbrauch. Auch das vermehrte Angewiesensein auf prekäre Arbeitsverhältnisse fördert psychische Fehlbelastungen mit Krankheitsfolgen, so Oppolzer. Der Autor weiß aber auch, wie schwierig es ist, monokausale Zusammenhänge zwischen Krankheit und Ursache herzustellen. Mit übersichtlichen Grafiken zeigt er nachvollziehbare Wirkungszusammenhänge auf.

Die Handlungshilfe führt systematisch in das betriebliche Gesundheitsmanagement ein und zeigt neben den gesundheitlichen Belastungsfaktoren Wege zur Prävention auf. Der Hamburger Wissenschaftler belässt es hier nicht allein bei Hinweisen auf das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte, sondern fordert deren aktive Gestaltungsmacht ein.

Angesichts der Verpflichtung zum betrieblichen Eingliederungsmanagement (SGB) für den Arbeitgeber finden hier Betriebsräte hilfreiche Unterstützung. GUNTER LANGE

TERMINE

TBS-Netz und ver.di veranstalten vom 26. bis 28. November 2007 in Dortmund eine **Call-Center-Tagung**. Informationen und Anmeldung: www.arbeitnehmerkammer.de/tbs/callcentertagung07/

In der ver.di-Bildungsstätte Walsrode geht vom 26. bis 28. November 2007 das Seminar **„Barrierefreie Internet- und Intranetgestaltung** – eine Aufgabe für Schwerbehindertenvertretung, Betriebs- und Personalrat“ statt. Informationen und Anmeldung: <http://www.btq.de>

Nanotechnologie und Arbeitsschutz und Gesundheitsschutz stehen im Mittelpunkt einer Fachtagung, die am 28. November 2007 von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin und der Landesanstalt für Arbeitsschutz NRW im Universitätsklinikum Essen veranstaltet wird. Da-

bei geht es um die Wirkungen von Nanomaterialien auf den Körper von Menschen, die mit ihnen umgehen. Mehr Informationen unter <http://www.arbeitsschutz.nrw.de/bp/news/index.html> auf der Homepage der Landesanstalt für Arbeitsschutz NRW (LafA NRW), eMail info@dr-braun.com, Fax 02 01/2 48 50 61 oder postalisch über Dr. Wolfgang Braun, Kortumstr. 43, 45130 Essen;

„Datenschutz im Internet“ ist vom 10. bis 12. Dezember 2007 Thema eines Seminars in der ver.di-Bildungsstätte Gladenbach. Weitere Informationen und Anmeldung: <http://www.verdi-innotec.de/termine.php3>

Vom 12. bis 14. Februar 2008 findet in der ver.di-Bildungsstätte Gladenbach wieder eine Open-Space-Veranstaltung von ver.di-innotec, AOT

Consulting und jetzt gemeinsam mit ver.di Bildung & Beratung für Betriebs- und Personalräte statt. Der Titel: **„Aufbruch in die Offensive: Neues Denken, neue Wege in Interessenvertretungen!“** Anmeldungen sind bis 31. Dezember 2007 möglich. Aktuelle Informationen, Programm und Anmeldeformular bei ver.di-innotec unter Termine: <http://www.verdi-innotec.de/termine.php3>

... und abgespeichert

„Was da passiert, ist vielen noch nicht klar: Hier wird jeden Tag von jedem bei jedem Telefongespräch, jeder SMS, jeder Mail ein halbes Jahr gespeichert, von wem an wen es ging.“

Volker Beck, Grünen-Parlamentarier, zur Speicherung von Telefon- und Internetdaten